



**HAUSFRIEDENSBRUCH-
PROZESSE
IN BERLIN / WEST**

1982/83

PREIS: 1,-

VORBEMERKUNG

wir sind einige Leute aus verschiedenen Berliner Knast- und Prozeßgruppen, und wollen mit dieser Dokumentation einen Informations- und Diskussionsbeitrag liefern, zur Welle von Prozeßen, die jetzt hier wegen Hausfriedensbruch laufen bzw. in nächster Zeit anlaufen werden.

Die Broschüre umfaßt die seit Frühjahr '82 gelaufenen Prozeße und Urteile in Sachen Hausfriedensbruch (§ 123) .

INHALT

- 3-6 DER STAND DER DINGE
 - Hausfriedensbruchprozesse in Berlin
- 7-9 EIN BEISPIEL: Fränkelufer 3o
 - Prozeßlawine in Moabit
- 10-13 NUR EINE STATISTIK?
 - Rechenspiel mit Lummers Daten
- 14-18 DER STAAT SCHLÄGT ZURÜCK
 - Kriminalisierung und wie sie funktioniert
- 19-21 BEZAHLT WIRD NICHT !
 - keine Knete für die pigs
- 22 KLAUSURAUFGABE
 - was Juristen lernen sollen...
- 23 LITERATURTIPS - RECHTSHILFE
 - wichtige Hinweise zum Schluß

Es ist klar, daß die Verfolgung von Hausfriedensbruch nur ein Teil der Kriminalisierungsstrategie der Justiz darstellt. Ihre Bedeutung liegt darin, daß damit genauso wie in Westdeutschland(z.B.Großengstingen, Gorleben, Startbahn West) eine politisch motivierte Massenkriminalisierung aufgrund von Bagatelldelikten, zur Einschüchterung und Abschreckung, erreicht werden soll.

Wir hoffen mit dieser Dokumentation zur Wiederbelebung der Diskussion über gemeinsame Gegenstrategien beizutragen.

DER STAND DER DINGE

Wenig spektakulär, dafür mit massiver Breitenwirkung schreitet die Kriminalisierung der Hausbesetzer voran. Und das, trotz Verhandlungen und selbst von Lummer festgestellter "Beruhigung an der Hausbesetzerfront". Der Hecht-SS-taat geht seinen Gang.



Insgesamt sind uns bisher 18 Häuser bekannt, aus denen Leute infolge von Durchsuchungen oder Räumungen Anklageschriften erhalten haben. Einige Prozesse sind mittlerweile gelaufen oder zumindest erstinstanzlich abgeschlossen. Im Folgenden ein Überblick über den Inhalt der Anklagen und der bisherigen Urteile.

Am 3.12.80 wurde das erste Verfahren wegen Hausfriedensbruch eingestellt. Angeklagt waren die am 4.6.80 aus dem Chamissoplatz 3 geräumten Leute.

Die Anklageschriften, die dann im Herbst '82 verschickt wurden, hatten schon anderes Kaliber: An den Häusern Herrnhuter Weg 12 und Obentrautstr.44 sollte ein Exempel statuiert werden. Bei der Räumung dieser beiden Häuser war es nicht beim passiven Sich-Raus-Führen-Lassen geblieben, sondern die Leute haben ihr Haus mit Farb-beuteln, Schmierseife und Barrikaden symbolisch gegen die Bullen-übermacht verteidigt.

Dieser Widerstand, der auch Ausdruck einer Politik war, sich nicht auf Verhandlungen mit dem Senat einzulassen, sondern "die Initiative für selbstbestimmtes Leben und Widerstand zu ergreifen und zu organisieren" (Prozeßerklärung Herrnhuter Weg), dieser Widerstand sollte mit Abschreckungswirkung verurteilt werden.

Die Konstruktion: Hausbesetzer gleich kriminelle Vereinigung nach § 129 StGB wurde bei diesen Prozessen allerdings wieder fal-



lengelassen. Aber sie war ja auch nicht mehr nötig. Als im Frühjahr '81 zeitweise gegen 200 Leute deswegen ermittelt wurde, hatte die Einschüchterungswirkung des 129ers schon voll gegriffen. So wurden zum Beispiel in mehreren Häusern Barrikaden à la Herrnhuter Weg wieder abgebaut... Zum Reinfall für die Justiz wurde der Prozeß um die geräumte Obentraut 44. Der stellvertretend für alle anderen Angeklagte Typ wurde "nur" zu 600 DM Geldstrafe wegen Widerstand verurteilt. Die Anklage -Hausfriedensbruch, Kör-

perverlertzung, Widerstand, schwerer Landfriedensbruch- kam nicht durch, da die Bullenzeugen es trotz Videoaufzeichnungen nicht packten, sich geschickt genug abzusprechen. Die 6 Monate auf Bewährung, die die Staatsanwaltschaft gefordert hatte, wurden dann aber beim Herrnhuter Weg durchgedrückt: Bei diesem Verfahren sind alle damals festgenommenen auch angeklagt. Eine der 4 Frauen, die im Dezember '82 verurteilt wurden,

muß jetzt 12 Monate absitzen, da bei ihr eine 9-monatige Strafhafte

wegen der Amerika-Haus Demo in das Urteil mit einbezogen wurde! Das

Verfahren gegen sieben weitere Leute läuft noch, aber das Urteil steht

wohl schon fest.

Den Besetzern aus der ehemaligen Winterfeldstr. 24

scheint ähnliches bevorzustehen. Bei ihrer

Räumung am 22.9.81 hatten sie als einziges

der acht an diesem Tag geräumten Häuser nicht bis unters Dach die Paten gestapelt, dafür aber "hin-

ter der verschlossenen stählernen Eingangstür das gesamte Treppenhaus bis zur Treppe zum ersten Obergeschoß übermannshoch mit

Sperrmüll, Schutt und Holzbalken versperrt und unpassierbar gemacht" (aus der Anklageschrift). Dieser Widerstand, der leider nur

30 Minuten dem "schweren technischen Gerät" der Bullen standhielt, ist neben Hausfriedensbruch der Anklagepunkt gegen alle neun Leute.

Eine andere Variante der Kriminalisierung wurde zuerst gegen 4 Besetzer aus der Schulstr. 7+8 im Wedding ausprobiert. Angeklagt wegen der üblichen Beset-

Mit diesem Urteil sind die Weichen gestellt, um bei Bedarf alle Leute, die je in einem besetzten Haus angetroffen wurden, eine saftige Geldstrafe zu verpassen. Eindeutig identifiziert

zungsdelikte -Hausfriedensbruch und Stromklau-, verurteilte ein Gericht sie zu Geldstrafen zwischen 800 und 1200 DM. Höchst interessant ist die Urteilsbegründung:

"Hierfür (für den Hausfriedensbruch) ist nicht erforderlich, daß die Angeklagten in den be-

setzten' Gebäuden ihren ständigen Aufenthaltsort begründeten. Ausreichend ist, daß sie die Häuser

Schulstr. 7 und 8 entgegen dem Willen der Gesobau betraten und sich darin aufhielten.(...) Sowohl den Angeklagten als auch denjenigen, die willens sind, es den Angeklagten gleichzutun, muß eindringlich zu Bewußtsein gebracht werden, daß Hausbesetzungen die intensivste Form des Hausfriedensbruch darstellen, nämlich den völligen Entzug der Befugnisse der Berechtigten." Jawollo, so soll es sein.

als Hausbesetzer sind mittlerweile 3.805 Leute (Innensenatsstatistik vom 30.11.82).

Das nicht alle Leute angeklagt werden, ist klar; aber das ist auch gar nicht das Interesse der Justiz. Ihr geht es darum, immer aus jedem Haus ein paar Leute exemplarisch abzuurteilen, damit Verunsicherung stiften und letztendlich auch Häuser für Verhandlungen weichzuklopfen.

Die Wohnungsbaugesellschaften, bzw. Privateigentümer mischen bei diesem Spiel auch kräftig mit: Droht die Staatsanwaltschaft mit der Peitsche (sprich: Anklage) bietet der Hausbesitzer das Zuckerbrot - Rücknahme der Strafanträge bei "erfolgreichem" Vertragsabschluß.

Fast gleichlautende Anklagen wie im Fall Schulstr. gibt es bisher gegen Leute aus der Eisenacher Str. 103, Goltzstr. 30, Karl-Marx-Pl. 20, Wederstr. 58-60, Richardpl. 8, Möckernstr. 69 und Kopischstr. 5. Vier Leute aus dem letztgenannten Haus verurteilte ein Gericht zu fünf Tagen Freizeitarbeit!

Mittlerweile scheint es die Justiz nicht mal mehr nötig zu haben, den Hausfriedensbruch gekoppelt mit anderen "Delikten" zur Anklage zu bringen: Besetzer aus der Diefenbachstr. 27 und Winterfeldstr. 20 (beide geräumt am 22.9.81) sowie Wissmannstr. 31-42 und Böckhstr. 34 (sofort abgeräumte Besetzungen im Oktober '82), haben Anklagen ausschließlich wegen Hausfriedensbruch bekommen.

Auch Neue Heimat prozessiert

Auch gegen die Besetzer der am 22.9.81 geräumten „Neue Heimat“-Häuser beginnen jetzt die ersten Prozesse wegen Hausfriedensbruch, nicht ohne die dreiste Ankündigung der NH, sie wolle noch Vermögensschäden bei den geräumten Besetzern und Unterstützern der Knobelsdorffstr. 40/42 geltend machen.

Berlin -

Extra

Dez. 82

Sollen jetzt hier die Kosten einer verfehlten Sanierungspolitik denjenigen angelastet werden, die sie ja gerade ändern wollten, oder ist das ein Hinweis an die jetzigen Besetzer, entweder jetzt schnell schlechte Verträge abzuschließen oder später zu blechen? Vor ein paar Wochen war die Rücknahme der Strafanträge bei der NH noch beschlossene Sache!

Aus den 182 Leuten, die aus der Knobelsdorffstr. 40/42 am 22.9.81 geräumt wurden, hat die Staatsanwaltschaft sieben Leute rausgefiltert, die sie als "§123-Mehrfachtäter" brandmarkt und dementsprechend rausgreift und anklagt.

Im Fall der Wissmannstr. gab es schon ein Urteil.

Richterin Fruschki-Hoch begründete die relativ geringe Strafe von



20 Tagessätze à 10 DM folgendermaßen:

"Bei der Strafzumessung ist zugunsten der Angeklagten zu berücksichtigen, daß die 'Hausbesetzung' nur kurze Zeit andauerte und ausgesprochen friedlich verlief.

(...) Das spricht dafür, daß die Besetzung hier nicht zum Vorwand für die Durchsetzung anderer Zwecke benutzt worden ist, sondern daß es den Angeklagten darauf ankam, daß das Gebäude möglichst schnell einer allgemein gewünschten Nutzung zugeführt würde."

Damit hat Fruschki-Hoch Gründe vorfabriziert, die eine höhere Verurteilung bei entsprechend längerer Besetzung rechtfertigen soll.

Es ist zu erwarten, daß in einem der nächsten Prozesse die ersten Freiheitssrafen auf Bewährung für reinen Hausfriedensbruch und vielleicht noch Stromklau, verhängt werden.

Dies entspräche den gleichlautenden Plädoyers der politischen Staatsanwälte in den bisherigen Verfahren.

Fränkelufer 30

Eine ganz neue Strategie schlug die Staatsanwaltschaft nach der Räumung des Fränkelufers 30 am 17.5.82 ein. Sie verschickte reichlich Strafbefehle über 60 Tages-sätze.

Um wenigstens äußerlich den Schein zu wahren, und der immer noch offiziell verkündeten Linie treu zu bleiben, nur Leute anzuklagen, die entweder "Widerholungstäter" sind, oder bei denen noch andere "Straftaten" dazu kommen, zog man kurzerhand noch Nötigung und Widerstand als weitere Anklagepunkte aus der Tasche, obwohl die Räumung völlig friedlich verlief.

Die Form der Strafbefehle ist für die Justiz ein sehr einfaches Mittel, schnell und ohne großen Aufwand viele Leute zu kriminalisieren, ohne großes Aufsehen in der Öffentlichkeit.

Wir haben fast alle Einspruch eingelegt, trotz der kurzen Frist von nur sieben Tagen, so dass jetzt jeder einzeln seinen Prozess kriegt bzw. schon hatte. Durch diese Ver-einzelnung und auch weil die Prozesse z.T. Monate auseinanderliegen, ist eine Koordination und eine einheitliche Prozeßführung nur schwer zu verwirklichen.

Prozesse gegen Paten

Die ersten Prozesse in Sachen Fraenkelufer 30 laufen. Aber nicht die eigentlichen Besetzer stehen jetzt vor Gericht, die Staatsanwaltschaft hat es zunächst auf die Paten und Unterstützer abgesehen. Der erste Gerichtstermin war am 16. November 1982, ein halbes Jahr nach der Räumung vom 17. Mai. Reimund Helms, Fraktionsvorsitzender der AL-Fraktion in der BVV Kreuzberg, stand als erster vor Gericht. Am Tag der Räumung, die Hausbesitzer Gertig auf zivilrechtlichem Wege beim Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg eingeklagt hatte, befand sich Reimund Helms zusammen mit 51 weiteren Personen im Laden des Fraenkelufers 30.

38 von ihnen sind jetzt angeschuldigt wegen Hausfriedensbruchs. Ihnen wird vorgeworfen, das Eigentum der freien Verfügung des Eigentümers Gertig entzogen zu haben, indem sie den Laden verriegelt hielten und die Jalousien herunterließen. In seiner Prozeß-erklärung, die Helms am 16.11. halten konnte, bestreitet er dies, nicht aber die Tatsache, daß er sich in dem Laden aufhielt.

Dazu Helms: „Am Morgen um 2 Uhr wurde ich von Mietern und Besetzern angerufen, die mutmaßten, es käme zu der befürchteten Räumung und ich solle mich im Sinne der Kreuzberger BVV-Beschlüsse dafür einsetzen, die Räumung zu verhindern. Denn die Kreuzberger BVV hatte sich gegen eine Räumung

und sogar für eine Enteignung des Hausbesitzers Gertig ausgesprochen.

Als die Verteidigerseite Be-weisantrag stellte, um nachzuweisen, daß die Jalousie nicht heruntergelassen war und die Tür nicht verriegelt war, und dafür die Vernehmung der übrigen 51 „Mittäter“ beantragte, wurde der Prozeß zunächst auf den 7. Dezember vertagt.

Das Kuriose an der Sache ist, daß die 38 Strafverfahren sich nur gegen die Paten und Unterstützer wenden. Keiner der eigentlichen Besetzer hat bisher ein Strafverfahren am Hals.

Hält man einmal die Dinge nebeneinander: 38 Strafverfahren a durchschnittlich 2.000 Mark ergibt allein ein Strafmaß von zusammen 72.000 Mark. Hinzu kommen noch die Gerichtskosten. Auf der anderen Seite: 0,00 Mark an Bußgeldern für den eigenwilligen Hausbesitzer Gertig, der die Wohnungen jahrelang leerstehen ließ und sie lieber mit Müll vollstellte, anstatt sie zu vermieten.

Die beiden Wohnungen, die Gertig im Fraenkelufer 30 wieder vermietet hatte, sind mittlerweile gekündigt. Bei beiden Mietern strengte Gertig eine Räumungsklage an. Die anderen Wohnungen, acht an der Zahl, stehen wieder leer. Wie war das noch? Gegen Leerstand hilft nur noch In-standbesetzung.

Das Fraenkelufer 30 ist übrigens neben der Dieffenbachstraße 27 das zweite Haus, das nach der Räumung genauso leersteht wie vor der Besetzung.



Hausbesitzer Gertig: Müllsammler aus Leidenschaft

Es bekamen also 38 von insgesamt 52 Leuten, die sich im Laden aufhielten, Strafbefehle zwischen 1.200,- und 3.000,- DM.

Auffallend ist, daß nur die Paten und Unterstützer bis jetzt Strafbefehle erhalten haben. Für die eigentlichen Besetzer, die der Staatsanwaltschaft bekannt sind, nebt sie sich wohl noch eine Überraschung auf.

Mehr muß der Spaß nicht kosten.

Einige von den etwa 30 Prozeßen in Sachen Fränkelufer 30 sind bereits gelaufen. Es gibt schon 9 Verurteilungen, die lauten in einem Fall auf 50 Tagessätze wegen Hausfriedensbruch(HFB) und Nötigung!, in den anderen Fällen auf 4 x 20, 1 x 25 und 3 x 30 Tagessätze nur wegen HFB.

Die Staatsanwaltschaft ist in Berufung gegangen, sie fordert 50 Tagessätze.

Einstellungen des Verfahrens gegen Geldbuße sind von der Staats-

anwaltschaft bisher immer abgelehnt worden. Nur in einem Fall hätte es fast eine Ausnahme gegeben. Der Staatsanwalt, der wohl nicht von der I- Abteilung war, sondern nur Vertretung, hatte in dem Prozeß am 14.1.83 der Einstellung schon fast zugestimmt. Nach Rücksprache mit der I- Abteilung war er wieder auf den rechten Weg zurückgewiesen worden. Wieder mal ein deutliches Beispiel für die Diskrepanz zwischen der "normalen" und der politischen Staatsanwaltschaft.

Die eigene Räumung bezahlen?

Instandbesetzer werden finanziell fertig gemacht

Runde 100.000 Mark soll die polizeiliche Räumung des Hauses am Kreuzberger Fraenkelufer 30 für die Besetzer und drei Dutzend ihrer Unterstützer kosten. So jedenfalls will es die Staatsanwaltschaft, und entsprechend hat es die erste Verurteilung in sich: Fünfzig Tagessätze für Susanne B., die sich bei der Räumung zu einem Sit-In in der leeren Ladenwohnung niedergelassen hatte. Das macht tausend Mark plus Anwalts- und Gerichtskosten.

Die Geschichte des Hauses ist voller Skurilitäten: Als die Besetzer die seit Jahren leerstehenden Wohnungen beziehen wollten, fanden sie eine wirre Sammlung von Badewannen, Öfen, Brettern und Glasscherben vor; Hauseigentümer Gertig hatte „sein Eigentum“ als Sperrmüll-Deponie genutzt. In „Sorge um das wertvolle Baumaterial“ rief Gertig die Gerichte an und bewirkte einen Räumungsbefehl gegen die bei ihm unbeliebten Neubewohner.

Am 17. Mai 1982 wurde geräumt, woraufhin sich die 14 Besetzer und 38 Unterstützer zu einem friedlichen Sitzstreik in der La-

denwohnung versammelten. Sie wurden einzeln herausgetragen, bis zu zwei Tagen eingesperrt und nach erkennungsdienstlicher Behandlung angezeigt.

Seither stehen die Wohnungen wieder leer; zwei von ihnen waren zwischenzeitlich vermietet, doch den Mietern hat Gertig wieder gekündigt.

Während Eigentümer Gertig nicht eine Mark Bußgeldforderung wegen verbotener Zweckentfremdung ins Haus steht, erhielten die 52 Verhafteten Strafbefehle über 1.200 bis 3.000 Mark. Alle legten Widerspruch ein und kommen jetzt vor Gericht.

Da den friedlichsten Besetzern Berlins nichts Rechtes anzuhängen war, mußten die Staatsanwälte auf den Vorwurf des Hausfriedensbruchs zurückgreifen. Alle anderen Vorwürfe wurden fallengelassen, nachdem das erste Verfahren wegen umfangreicher Beweisanträge vertagt werden mußte. Streitpunkt zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung war gewesen, ob während der Räumung die Jalousien des Ladens heruntergelassen waren

oder nicht. Als alle 51 Mitverhafteten bezeugen sollten, daß dem nicht so war, verzichtete die Staatsanwaltschaft auf den Vorwurf und war die lästige Beweisaufnahme los.

Übrigens: Anklagen wegen Hausfriedensbruch endeten vor einem Jahr noch mit Freispruch, nachdem anerkannte Juristen begutachtet hatten, daß ein leerstehendes Haus keinen Hausfrieden haben könne. Jetzt werden von Berliner Staatsanwälten für das gleiche „Delikt“ schon drei Monate Gefängnis gefordert.

Die nächsten Prozeßtermine sind für den 16. und 17. Dezember angesetzt; näheres kann in „Zitty“ und „TAZ“ nachgelesen werden. Und die Spenden für die Prozeßkosten gehen bitte auf das Sonderkonto „Fraenkelufer-Prozeß“ Berliner Mietergemeinschaft bei der Sparkasse der Stadt Berlin-West, Kto. Nr. 023 000 5233

Berlin-Extra
Dez. '82

Prozeße und Strategie

Nachdem wir die Strafbefehle erhalten haben, waren wir uns darüber einig, Einspruch einzulegen, obwohl wir die Einschätzung hatten, außer zusätzlichen Gerichts- und Anwaltskosten würde wohl nicht viel dabei rauskommen. Doch andererseits konnten wir diesen neuen Weg der Staatsanwaltschaft, schnell und einfach 38 Leute mit Strafen von 60 Tagessätzen zu belegen, auch nicht so widerstandslos hinnehmen. Schon deshalb nicht, um die Sache mehr in die Öffentlichkeit zu bringen, und entsprechend politische Prozesse führen zu können. Das hieß für uns Prozeßerklärungen zu verlesen, in denen wir uns nicht distanzieren (ich bin da nur zufällig vorbeigekommen, reingegangen, und wußte gar nicht was da los war, usw.), sondern dazu zu stehen, daß wir drin waren, und entsprechend die politischen Gründe dafür aufzuzeigen.



Doch bei Susannes Prozeß am 23.11.82 zeigte sich, daß dadurch der Staatsanwaltschaft die Arbeit viel zu einfach

gemacht wird. Wenn man alles zugibt, bedarf es keiner weiteren Zeit und Mühe, alles zu beweisen. Ein Zitat aus der Urteilsbegründung: "Die Angeklagte ist nach wie vor überzeugt, befugt zu sein, sich über geltendes Recht hinwegsetzen zu dürfen, um einen ihr genehmen Zweck zu erreichen. Der Angeklagten muß deutlich vor Augen geführt

werden, daß diese Form der Selbstjustiz nicht hingenommen werden kann.... Zur Erhaltung der Rechtstreue der Bevölkerung ist es er-



forderlich, deutlich zu machen, daß ein derartiges Verhalten nicht gedul-

det oder sogar gebilligt, sondern strafrechtlich geahndet wird."

Prozeße können so an einem Tag in wenigen Stunden durchgezogen werden. Das läuft aber unserem anderen Ziel zuwider, nämlich die Prozesse so weit wie möglich zu verschleppen und in die Länge zu ziehen, z.B. durch umfangreiche Beweisanträge. In einem wurden z.B. alle 51 Mitangeklagten als Zeugen benötigt, um zu beweisen, daß kein Widerstand geleistet worden ist. Aber nur in einem Fall wurde diesem Beweisantrag stattgegeben, in allen anderen Fällen wurde der Vorwurf des Widerstandes gleich fallengelassen, um die Beweisanträge abschmettern zu können.

Wir haben dann beschlossen keine Prozeßerklärungen mehr zu machen, zumindest nicht am Anfang des Prozeßes, und nicht zur Sache.

Inzwischen hat sich auch herausgestellt, daß es in einigen Fällen für die Staatsanwaltschaft ziemlich schwierig sein dürfte, zu beweisen, daß wir im Laden festgenommen worden sind, weil einige Festnahmezettel fehlen, oder schlampig und unzureichend ausgefüllt sind.

NUR EINE STATISTIK ?

Oden: durch Zahlen eine hohe kriminelle Umfeldbelastung
- besetzte Häuser als Fluchtburgen für Kriminelle ?!

Immer wieder, wenn in den Massenmedien das Thema Hausbesetzer zur Sprache kommt, wird mit (beeindruckendem?) statistischem Zahlenmaterial aufgewartet, welches das kriminelle Element der Hausbesetzer veranschaulichen soll!!.

Das Zahlenmaterial der letzten Zeit entspringt der

"Statistik über Stand und Entwicklung - Hausbesetzungen und Hausbesetzer in Berlin - Stand: 30.11.82"

Nehmen wir aus dieser Studie einige Zahlen und Fakten (?) heraus und stellen sie vergleichend nebeneinander. Jetzt wird es ernst:

-bis November 82 waren 3.805 Personen eindeutig als Hausbesetzer identifiziert (2.467 ♂ = 64,8% und 1.338 ♀ = 35,2 %), festgestellt bei 603 "Besuchen" in besetzten Häusern (teure Volkszählung). Die 1011 Personen, die sich ordnungsgemäß in den Häusern angemeldet haben, sind in diesen Zahlen ebenfalls enthalten.

Herausgegeben vom Senator für Inneres (Heini's fleißiger Schnüffelbande)



Von diesen 3.805 eindeutig identifizierten sind in den ersten 10 Mo-

naten von 82 insgesamt 1.209 Straftaten begangen worden (pfui, pfui)

Auf der Suche nach „schwer Integrierbaren“ fand unser Photograph diese drei Staatsdiener. sind in dem Bild eingebaut. Erkennen Sie sie? Aber Vorsicht: Drei kleine Fehler

Diese Studie muß immer für das Negativbild der Hausbesetzer herhalten (alles zugereiste westdeutsche Chaoten, Asoziale, arbeitsscheues Gesindel usw.).

(bravo! der Tipper), darunter 775 Beleidigungen, von denen 750 im Zusammenhang mit "olle Reagan-Besuch" stehen!

Wer da jetzt denken will, "naja, halb so schlimm", der irrt! Immerhin handelt es sich um einen Verstoß gegen den § 107 StGB (Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten) und so äußerte unlängst Herr Dieppgen (CDU), dies wäre kein Bagatelldelikt, sondern ein Vergehen, für das bis zu drei Jahren Freiheitsentzug angemessen wäre. Ja, ja! Nennt man einen Mörder Mörder und dieser ist ein Staatsoberhaupt .. nun gut, usw.



Oh, wie sind wir doch kriminell! Wir wollen jetzt aber nicht weiterrechnen, wie lange Mann oder Frau Hausbesetzer/in sein muß, um exakt eine Straftat begangen zu haben. . Einen Tatbestand erfüllen alle Personen, die durch aktives Hinweisen auf illegalen Leerstand (sprich: Hausbesetzung) aufmerksam machen, nämlich den Tatbestand des Hausfriedensbruch gemäß § 123 StGB.

Wobei noch zu klären wäre, ob man den Frieden eines leeren Hauses überhaupt brechen kann, oder ob da nur die Spekulationsruhe und Gewinnsucht gestört wird?!? Der § 127 ist ein Antragsdelikt, wird also von der 3. Gewalt (Polizei und Justizapparat) nur verfolgt, wenn ein Strafantrag des Eigners vorliegt.

Dafür nun ein kleines Spielchen mit dem Taschenrechner:

1.209 Straftaten
 - 775 Beleidigungen
750 wegen olle Reagan
 = 434 Straftaten
 + 25 Beleidigungen normaler Schweine
 insgesamt 459 Straftaten
 bei 304 Tagen (=10 Monate)
 macht 1,5 Straftat pro Tag
 begangen von 3.205 Personen.
 konkret also:
 Eine eindeutig als Hausbesetzer identifizierte Person begeht
0,0004 Straftat am Tag



Nicht etwa, daß dieser Eigentümer, der gegen die Zweckentfremdungsverordnung verstößt (welche den Leerstand oder die Unbrauchbarmachung von Wohnungen mit Bußgeldern bis zu 20.000 Dm belegt), Menschen aus Profitgründen eine Wohnung vor-enthält und so ein Grundbedürfnis zur Ware macht (Marx, ick hör dir trappsen, der Tipper), nein, nicht dieser Kaputtbesitzer hat die Strafverfolgung zu fürchten, er wird sogar noch staatlich subventioniert. Verfolgt werden in diesem jenen Land (das nicht das meinige ist), diejenigen, die solchen Kriminellen ein wenig ins Handwerk pfuschen wollen, also Häuser in Eigenverantwortung übernehmen wollen und sich gegen zunehmende staatliche Unterdrückung wehren.



Verfolgt werden sie mit einem "Apparat", der weder Kosten noch Mühe scheut, eine soziale Bewegung in bisher nicht dagewesener Art und Weise zu kriminalisieren.

"Auf Länderebene haben die Polizeiorgane (Bereitschafts-, Kriminal-, und Schutzpolizei) im Zeitraum von 1969 - 72, dem entscheidenden Jahrzehnt des Ausbaus der 'inneren Sicherheit', insgesamt ca. 50 % mehr Personal zugesetzt. Die Bundespolizei (BKA, BGS, Verfassungsschutz) erhielten zwischen 69 und 72 ins-

gesamt 110 % mehr Mitarbeiter.

Die finanziellen Mittel stiegen im selben Zeitraum um 450 %. Auf technologischem Gebiet wurden alle Länder- und Bundespolizeien mit automatischen Datenerfassungs-,



-verarbeitungs- und Weitergabesystemen ausgerüstet, die untereinander verbunden sind. Dieser Datenverbund eröffnet der Polizei die Möglichkeit, große Teile der Bevölkerung und ausgewählte 'Problemgruppen', wie Ausländer, politisch Aktive, Jugendliche usw. einer vorsorglichen und ständigen Beobachtung und Überprüfung zu unterziehen. Das polizeiliche Waffenarsenal erlebte in den vergangenen Jahren ebenfalls einen Aufschwung, dessen Ende längst noch nicht abzusehen ist.



Alles in Allem: durch diese innere Aufrüstung erhielt der Polizeiapparat einen immense Machtzuwachs zu Lasten der bürgerlichen Freiheiten." (aus Gössner/Herzog: Der Apparat)



Wie aber wird diese innere Aufrüstung einer Bevölkerung "verkauft", die mit ganz anderen Problemen konfrontiert ist - Abbau sozialer Lei-



stungen, zunehmende Arbeitslosigkeit?

Dieses Problem löst der Verfassungsschutz, allerdings auf seine Weise. So bewertet er zum Beispiel den Berliner Häuserkampf folgendermaßen:

" (...) Die im Häuserkampf begangenen Straftaten zielen auf das Ganze

der staatlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung der BRD, einschließlich West-Berlins.

Der Begriff Häuserkampf steht als Chiffre oder Metapher für ein neues terroristisches Phänomen, das an vielen Stellen der BRD sichtbar



geworden ist und in seiner Erscheinungsform an die rudimentären Ausprägungen aus den Anfangsjahren des deutschen linksextremistischen Terrorismus erinnert.



Es handelt sich dabei um eine strukturelle Ausprägung des Terrorismus, die gleichwertig neben den Varianten des Terrorismus (wie zum Beispiel den Revolutionären Zellen oder der RAF) steht. (...)"





Staat

FREILASSUNG DER INSTANDBESETZER!

Schlägt zurück

Prozesse wegen Hausfriedensbruch sind natürlich nicht isoliert zu sehen. So wie die Besetzer nur ein Teil der gesamten Berliner Szene sind, so sind auch die Prozesse nur ein Teil der Strategie des Staates, diese Szene zu bekämpfen, mit dem Ziel, sie in überschaubare und kontrollierbare Strömungen zu kanalisieren.

Waren bis zum Sommer '82 nur Einzelne von der Kriminalisierung direkt betroffen (Landfriedensbruch, versuchte Anwendung des § 129), so ist die Anwendung des § 123 -Hausfriedensbruch- im jeweiligen Zusammenhang mit Stromklau, Widerstand oder Nötigung, der Versuch, die Bewegung auf breiter Ebene ins Abseits zu drängen. Dies, nachdem sie schon relativ gespalten und isoliert ist.

Der CDU-Senat hat nach seinem Machtantritt mit dem 22.9.81 gezeigt, wozu er fähig ist. Um Mißverständnissen vorzubeugen, -eine SPD-Regierung, die nicht so krisengeschüttelt gewesen wäre, wie

die Stobbe-, bzw. Vogelsenate, hätte sich ebenso verhalten.

Es wurde ein Exempel statuiert, das jedem/r deutlich machen sollte, was der Maßstab ist: massenhafte Räumungen, ohne große Rücksicht auf die linke oder liberale Öffentlichkeit, und die Ermordung von Demonstranten als letzte Konsequenz von Polizeieinsätzen.

Daß es nicht beim Exempel bleiben sollte, sondern daß es darum ging (und immer noch geht), diese Form des Widerstands bis zuletzt zu bekämpfen, soll der Bewegung durch permanenten Druck gezeigt werden. Ständige Durchsuchungen aus nichtigen Anlässen, oft mit Sachschaden und riesigem Polizeiaufgebot verbunden, der systematische Aufbau von 25 Häusern als "kriminelle Fluchtburgen", Räumungsdrohungen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Hausfriedensbruch, Verknastung von Leuten wegen Landfriedensbruch...

Diese Strategie führte schließlich dazu, die Bewegung gesell-

schaftlich zu isolieren. Großen Anteil an dieser Strategie haben auch die bürgerlichen Medien durch ihre permanente Gleichsetzung der Begriffe: Hausbesetzer = Kriminelle und der Reduzierung der Bewegung auf die "Gewalt", was von den eigentlichen Inhalten völlig abstrahiert wurde.



Gerade was die "krimellen Fluchtburgen" nach dem 11.6. angeht, beschreiben die ehemaligen Besetzer/innen der Winterfeldstr.38 sehr gut, wie sich die Spaltungsstrategie konkret auswirkte:

" Seit dem 11.6. hatte unser Haus die Ehre, als räumungsgefährdet zu gelten, was für die Hausgemeinschaft ein einschneidendes Erlebnis darstellte. Durch ständige Unsicherheit bzw. Räumungsdruck waren die Aktivitäten innerhalb des Hauses sehr bald auf ein Minimum, die Pflichterfüllung ab-



gesunken. Es entwickelte sich bei den einzelnen Unsicherheiten, die auch Perspektivlosigkeit oder 'no future' genannt werden können.(...) Wir wollten nicht mehr verhandeln, und taten auch nichts, was die Aktivitäten im Schöneberger Häuser-tango anging. Wir schauten zu, liessen die Dinge auf uns zu kommen und reagierten, wie wir gelernt hatten zu reagieren.(...)" (zit. nach TAZ 26.1.83)



Eine andere Wirkung der Taktik war das allmähliche Wegbleiben und Schweigen der Sympathisanten. Statt Diskussionen über die Staatsgewalt, wurde über die Gewalt der Besetzer/innen diskutiert.

Dazu kam die Einschüchterung und Kriminalisierung der Paten etc., dort, wo sie praktische Solidarität übten (siehe Fränkelufer dreißig).

Noch ein anderer Effekt war die Angst von Teilen der Besetzer in die Ecke von "Politikkriminellen"

Vertragsabschlüsse, d.h. die Aussicht auf die Rückführung in einen legalen Zustand. Die Spaltung der Bewegung in Ver- und Nicht-Verhandler wurde offensichtlich. Ehemalige Ideale wie Enteignung und Amnestie gingen den Bach runter...

„W ver uns“

Alle versuche, die Widersprüche doch noch unter einen Hut zu bringen, wie z.B. die Kampagne zur "friedlichen Gesamtlösung für alle besetzten Häuser - von der Revolte zum trauten Eigenheim" scheiterten. Obwohl bald klar wurde daß nicht alle verhandlungsbereiten oder schon Verhandlungen führenden Häuser verträge bekommen würden, u.a. weil die Interessen der Wohnungsgesellschaften letztlich schwerer wogen als die wie Enteignungen den Bach run-

(z.B. im Sanierungsgebiet der NH in Schöneberg), war nichts mehr zu kit-ten. Trotz der Räumung der Maaßenstr. am 1.11.'82 wurde nach kurzer Kondolenzpause weiterverhandelt. Gerade hier wurde deutlich, wie sich der Senat angebliche (? , d.S.) Widersprüche in der CDU-Rathausfraktion, zu eigen machte. Rastemborski, der angeblich nichts von der Räumung wußte, und deshalb danach weiterhin Verhandlungen offerieren konnte. Und so wurde weiter verhandelt und geräumt. Zuckerbrat und Peitsche - die alte Methode; eine konkrete Integrationsva-riante stellt dabei die sog. Erneuerungskommission in Kreuzberg dar, in der

(z.B. im Sanierungsgebiet der NH in
Schöneberg), war nichts mehr zu kit-
ten. Trotz der Räumung der Maaßenstr.
am 1.11.'82 wurde nach kurzer Kondo-
n hier wurde deutlich, wie sich der
Frühe in der CDU-Rathausfraktion,
angeblich nichts von der Räumung
in Verhandlungen offerieren konnte.
geräumt.
thode; eine

16

sich Besetzer, Stadtteilkomitees, Mieterinns, CDU und Vertreter der Wohnungsbaugesellschaften an einem Tisch Gedanken über futuristische Wohnpolitik machen - die Guten in's Töpfchen, die Schlechten in's Kröpfchen...

Die Räumungsdemos, genauso wie andere, gleichen einem Gefangenentransport und zeigen nichts mehr von unserer Wut und unserem Widerstand. Spontane, massenhafte Militanz ist im Moment unmöglich.

Aber trotz der objektiven Eindämmung des militanten Widerstandes illegalisiert der Staat jegliche Widerstandsform und fasst den Gewaltbegriff immer

enger, d.h. ahndet auch viel stärker als früher Lebensäußerungen von uns wie Sprühen, Plakatieren, durch Auflagen bei Demos...

Hinzu kam bei vielen nach über einem Jahr Besetzung das Bedürfnis nach Ruhe und der gesicherten Möglichkeit, die eigenen Ideen und Projekte gemeinsam mit Vielen durchzuziehen und so z.B. den Anspruch von Einheit von Wohnen und Arbeiten zu verwirklichen.

Die Rechtfertigung dafür nimmt er sich über das allmähliche Aufbauschen militanter Widerstandsformen zu AZ- und RZ- Aktionen bzw. das Hindrängen von Leuten in diese Ecke.

Dazu folgendes Zitat von Ex-BKA-Chef Herold: "Anschläge sind zur Normalität geworden. RZ-Aktionen haben sich flächenartig ausbreitet. Die ungesteuerte Spontanität

ihres Auftretens hat Züge beginnender Massenhaftigkeit, setzt Frühsignale einer nicht zu unterschätzenden Gefahr."

Dieses Zitat bringt eindeutig zum Ausdruck, daß es immer wieder um die Frage der Gewalt geht. Zum einen soll durch das Aufbau-

schon einer Bewegung zum RZ-Potential Spaltung und Kriminalisierung dieser Bewegung sowie der Aufbau des gesamten Netzes sozialer

Kontrolle legitimiert werden, zum anderen ist die Spaltung in Friedliche und Militante Letzte und logische Konsequenz aller vorher genannten Spaltungsversuche.



diskussionspapier aus radikal 112

BEZAHLT WIRD NICHT

Nach dieser Devise leben in der BRD und Berlin/West (Ost auch?) immer mehr Menschen, die darauf angewiesen sind, sich mittels Einklaufen, Schwarzfahren, Hausbesetzen und anderen Kulturtechniken die Dinge des täglichen Bedarfs zu beschaffen. Zu den ständig steigenden Preisen für immer beschissener werdende Lebensmittel kommt jetzt seit ein bis zwei Jahren in Deutschland eine Art Polit-Sondersteuer für alle, die demonstrieren oder sich anders wehren. Wegen Sachschaden, Verstoß gegen Fernmeldegesetze, Polizeieinsatzgebühren oder aus beliebigen anderen Gründen werden in Grohnde, Gorleben, Frankfurt, Baden-Württemberg, Berlin und anderswo gegen viele Leute saftige Geldstrafen verhängt, um sie finanziell zu ruinieren und mundtot zu machen. Hier in Berlin inszenieren Bullen, Staatsanwälte und Gerichte zur Zeit verschiedene Varianten von solchen Geldbeschaffungsaktionen: Zum einen sollen mehrere Leute für Sachschaden aus dem Winter 80/81 je 5000.-DM zahlen, zum zweiten sind für bloße Anwesenheit am Ort der Reagan-Demo vom 11.06. an etwa 50 Leute Strafbefehle à 500.-, für einige plus 10.000.- Schadenersatzforderung ergangen.

Leistungsbescheide für Gorleben-Platzbesetzer
„16 Hunde x 9 Std. = 720 DM“



Freiheit à la Duisburg
Wer die Demo anmeldet, soll die Straßenreinigung bezahlen

Björn Bindewald hat am 22.02. einen Zivilprozess über 350.000 DM zu laufen, obwohl er beim 11.06.-Landfriedensbruch-Prozess freigesprochen wurde.
Ort und genauer Termin ist bei RA Zieger zu erfragen.

Und nicht zuletzt versuchen Staatsanwaltschaft und Gerichte seit gut einem halben Jahr, von geräumten Besetzern massenhaft Geld einzutreiben, bisher mit Strafbefehlen über c.a. 60.000.-DM. Da fast alle Widerspruch eingelegt haben, kommt jetzt eine neue Prozesswelle auf uns zu, wobei die Staatsanwaltschaft zur Zeit überlegt, Polizeieinsatzgebühren noch draufzuschlagen.

Ein Platz kostet 350 000 DM

Wie berichtet, wird der Neubau 112 Millionen DM kosten, dies bedeutet bei 320 Haftplätzen einen Preis von 350 000 DM pro Platz. Dieser hohe Aufwand ergibt sich nach Angaben des Sprechers aufgrund der „notwendigen Infrastrukturmaßnahmen“ (zum Beispiel der Mutter-Kind-Station), aber auch, weil die Haftanstalt zugleich die Aufgaben einer Straf-Untersuchungs- und Jugendstrafanstalt erfüllen soll. Deshalb müßten kostenaufwendige bauliche Trennungen, die das Gesetz vorschreibt, geplant werden. *Tgsp. 11.2.89*



UND MIT ALL DEM GELD, WAS SIE UNS ABKNÖPFEN WOLLEN, SOLLEN TAUSENDE VON NEUEN HAFTPLÄTZEN, BULLEN, RICHTER UND STAATSANWÄLTE BEZAHLT WERDEN! DAFÜR HABEN WIR KEIN GELD UND DARAUF HABEN WIR AUCH KEINEN BOCK!

SOLLN SIE DOCH DAS GELD BEI SPEKULANTEN, WIRTSCHAFTSKRIMINELLEN, KONZERNEN ODER SONSTWOHER NEHMEN ODERS BESSER BLEIBEN LASSEN

WIR BEZAHLEN NICHT

EINSTELLUNG ALLER STRAF-UND ERMITT- LUNGSVERFAHREN

Wir sehen nicht ein, Geldstra-
fen dafür zu bezahlen, daß wir
uns Sachen nehmen, die uns gehö-
ren. Und wir wollen doch mal se-
hen, was Politiker, Richter und
Staatsanwälte dazu meinen, wenn
ganz viele Leute sagen, wir zah-
len nix und tragen notfalls die
Folgen. Werden sie dann hunderte
von Leuten in die sowieso schon
überfüllten Knäste stecken oder
endgültig die zweite massenhafte
Zwangsarbeitsperiode dieses Jahr-
hunderts in Deutschland einläu-
ten? Das wäre ja schon peinlich,
peinlich!! Und schwierig-auch
wenns bei Sozialhilfeempfängern
und Asylanten schon Ansätze dazu
gibt. Wir, ein paar Leute mit Stra-
fen unter 90 Tagessätzen wollen
unsere Überlegungen dazu in
nächster Zeit mal etwas breiter
diskutieren und ihnen mit geeig-
neten Aktionen Nachdruck verlei-
hen. Unser Ziel ist, daß die For-
derung nach Straffreiheit mal
wieder modern wird. Das heiße
Thema Amnestie oder nicht wol-
len wir dabei erstmal aussparen,
es wird sich aber in Berlin dem-
nächst wahrscheinlich wiedermal
stellen.

Mehr Bürger sitzen Geldstrafen ab ^{10.2.83}

Immer mehr zu Geldstrafen verurteilte
Bürger sitzen diese aus wirtschaftlicher
Not in Gefängnissen ab. Ihr Anteil ist nach
Informationen des Bundesjustizministe-
riums 1982 um 11,7 Prozent gestiegen,
obgleich sich die Zahl der verhängten
Geldstrafen von 494.114 nur geringfügig
auf 496.793 erhöht hat. Wie das Ministe-
rium am Dienstag in Bonn mitteilte, wur-
den die größten Steigerungsraten bei den
Absatzern mit 27,4 Prozent in Hessen und
mit 24,2 Prozent in Bayern ermittelt, die
geringsten hatten Schleswig-Holstein mit
2,3 und Baden-Württemberg mit 2,9 Pro-
zent.

Bundesjustizminister Hans A. Engelhard
(FDP) erklärte, es solle die Möglichkeit
erweitert werden, Geldstrafen durch Tätig-
keiten in gemeinnützigen Einrichtungen
zu ersetzen. Davon machen nach Darstel-
lung Engelhards Berlin, Bremen, Ham-
burg und Hessen sowie seit Anfang 1983
auch Bayern Gebrauch. Baden-Württem-
berg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfa-
len und Rheinland-Pfalz beabsichtigten
nachzuziehen. (taz)

Keine Amnestieerwägungen

Ob tatsächlich eine Fehlentwicklung vorlie-
ge, die nach Ansicht der Abgeordneten Feh-
ner auch bei einem Vergleich mit anderen eu-
ropäischen Ländern offen zutage trete, wer-
de derzeit von den Justizministern und -sena-
toren bundesweit geprüft. Dabei seien Amne-
stieerwägungen bislang weder angestellt wor-
den noch angezeigt.

Wie mehrfach berichtet, überlegt man seit
einiger Zeit nicht nur in Berlin, wie das Pro-
blem der steigenden Gefangenenzahlen und
der dadurch entstehende Belegungsdruck in
den Haftanstalten in den Griff zu bekommen
ist. So sollen Alternativen zur Vollstreckung
der Freiheitsstrafe gefördert werden. Anderer-
seits sollen die Möglichkeiten, weitere Haft-
platzkapazitäten zu schaffen, unter Berück-
sichtigung des rechtlich Zulässigen, voll aus-
geschöpft werden. ^{Tsp. 11.2.83}

RUCKNAHME DER STRAF- ANZEIGEN

KLAUSURAUFGABE

"Hausbesetzungsfall"

"Die radikalen Studenten Anarch, Besetzer und Chaot gehören einem "Aktivistenkomitee" an, das sich zum Ziel gesetzt hat gegen Spekulationen bei der Altbausanierung und gegen die Wohnungsnot der Studenten zu Felde zu ziehen. Als bekannt wird, daß ein baufälliges Haus in einem Altbau-Viertel der Stadt abgerissen werden soll, gründeten A, B und C das rote Kampfбатallion Hausbesetzung Mozartstraße". Nachdem sich durch intensives Werben in der Mensa und einige Studenten-lokale etwa 20 Personen der Gruppe angeschlossen haben, kommt es zur Besetzung des abbruchreifen Gebäudes. Fenster

und Türen werden mit Brettern und Balken und Maschendraht verbarrikadiert, der Zugang zur Treppe versperrt, und rings um das Haus Transparente befestigt. In der Mansardenwohnung werden Pflaster- und Ziegelsteine angehäuft, um sie als Wurfgeschosse zu verwenden. A, B und C halten Glas- und Stahlkugeln als Katapulte bereit. In der Mitteletage ist ein "Hausgefechtsstand", im Keller ein "Versorgungs- und Verbandsplatz", sowie auf dem Dachboden eine Funkleitstelle" eingerichtet. Die Hausbesetzung dauert fünf Wochen, bis sie durch massiven Einsatz von Polizeikräften beendet wird. Vergeblich versuchen die Hausbewohner, die vorrückenden Beamten durch Steinwürfe zurückzuschlagen. Bei den Auseinandersetzungen werden zwei Polizisten von Ziegelsteinen getroffen und verletzt. Wie sind A, B und C zu bestrafen?" wurden Berliner Jura-Studenten in einer Klausuraufgabe gefragt...

§ 123: Hausfriedensbruch - § 124: Schwerer Hausfriedensbruch
§ 125: Landfriedensbruch - § 125a: Schwerer Landfriedensbruch
§ 129: Kriminelle Vereinigung - § 129a: Terroristische Vereinigung. Das Strafgesetzbuch scheint so etwas wie die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu sein. In unserer Republik dürften allein aus den Jahren 1980 und 1981 etwa 10.000 Straf- und Ermittlungsverfahren wegen vorgeblicher Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung laufen.



...weil ein verlorener Prozeß
ein Vermögen kosten kann,
hoffentlich **Allianz** versichert

IMPRESSUM:

Herausgeber: Doku-Gruppe
Hausfriedensbruch
Satz: Eigensatz
Gewinn: für'n Ermittlungsausschuß
Druck:



Lesenswertes zum Thema Besetzer- und andere- Prozesse

1. Dokumentation zu den Hausbesetzerprozessen, Doku-Gruppe Mehringhof, Berlin (Mitte 1981)
2. "Der friedliche und der unfriedliche Bruch des Friedens" von Uwe Wesel im Kursbuch 65
3. "Hausbesetzer vor Gericht" von Erich Küchenhoff in: Kritische Justiz, 2/82
4. "Hausfriedensbruch", Faltblatt der Knastgruppe Charlottenburg, Ende 1982
5. "Knast, Prozesse, Widerstand" Broschüre Dez.'82, Berlin
6. "Statistik über Stand und Entwicklung - Hausbesetzungen und Hausbesetzer in Berlin", Herausgegeben vom Presseamt des Innensenats, Broschüre 1/83